

Wie nimmt der Militär-Industrie-Komplex auf die Politik der USA-Regierung Einfluß?

- **Rüstungskonzerne stellen „ihre“ Politiker**
- **Hochrüstungskurs soll Milliardenprofite sichern**
- **Kampf der Friedenskräfte wie nie zuvor aktiviert**

„Das Treffen von Reykjavik führte in die nächste Nähe konkreter Vereinbarungen zu den im Komplex behandelten Fragen der strategischen Offensivwaffen, der Mittelstreckenraketen, der Weltraumwaffen und der Nukleartests. Doch konnte bekanntlich der Durchbruch zu einer entschiedenen Verminderung der Atomkriegsgefahr nicht erreicht werden“, erklärte Genosse Erich Honecker auf dem Empfang des ZK der SED zum Internationalen Frauentag und fuhr fort: „Jetzt kommen die Dinge wieder in Bewegung, und diese Chance eröffnet sich.“

Wegbereitend sei, so Genosse Honecker, der Vorschlag Michail Gorbatschows, das Problem der Mittelstreckenwaffen in Europa aus dem Block der in Genf verhandelten Abrüstungsfragen herauszunehmen und dazu unverzüglich ein spezielles Abkommen zu schließen.

Diese neuerliche Initiative der UdSSR hat überall auf unserem Erdball ein breites, zustimmendes Echo gefunden. Sie ist Ermunterung für alle, die aufrichtig Frieden wollen, denen es um Vernunft, Realismus und Verantwortung in den internationalen Beziehungen geht.

Dessen ungeachtet dürfen wir aber auch keinen Augenblick übersehen, daß in den USA massive Kräfte, deren Denkweise von nuklearer Gewalt, dem Streben

nach militär-technologischer Überlegenheit - vor allem im Weltraum geprägt ist und die nach wie vor den Antisowjetismus und Antikommunismus auf ihre Fahnen geschrieben haben, entscheidenden Einfluß auf die Politik der gegenwärtigen Regierung in Washington haben. Sie versuchen mit allen Mitteln, hinter die Ergebnisse von Reykjavik zurückzukehren und ihr „Sternenkriegs“-Programm, die Weltmeinung ignorierend, zu verwirklichen.

Michail Gorbatschow drückte das in seiner Pressekonferenz in Reykjavik wie folgt aus: „Meiner Ansicht nach hat sie (die Reagan-Administration, d. A.) das im Kopf, was der amerikanische militärisch-industrielle Komplex vorhat. Der Präsident ist nicht frei, eine entsprechende Entscheidung zu treffen.“

Bereits einen Tag nach dem Treffen von Reykjavik, am 14. Oktober 1986, forderte beispielsweise das Sprachrohr des USA-Rüstungskapitals und der Hochfinanz, „The Wall Street Journal“, die Interessen des Militär-Industrie-Komplexes (MIK) der USA unverblümt formulierend: „Es ist an der Zeit, daß die Regierung vom Verhandlungstisch zurücktritt und das tut, was getan werden muß: sich für die nationale Sicherheit der USA (also für Hochrüstung und Konfrontation - d. A.) einzusetzen. Der Präsi-

dent sollte von der sechsmonatigen Kündigungsfrist für den ABM-Vertrag Gebrauch machen und sich nicht von der baldigen Stationierung der ersten SDI-Systeme abbringen lassen.“

Wie sehr diese Forderung der tatsächlichen Meinung sowie den realen Zielen der kalten Krieger und Stärke-Politiker in Pentagon und Weißem Haus entsprechen, zeigte der 4. Februar 1987. An diesem Tag Unterzeichnete Pentagon-Chef Weinberger eine Direktive über militärische Operationen im All, in der die Vorbereitung der USA auf den „Kampf im Weltraum“ gefordert wird. Dazu verlangt er die baldige Stationierung von sogenannten Satellitenkillern, die Forcierung der Forschungsarbeiten für Weltraumwaffen und den Einsatz bemanneter militärischer Raumstationen. Diese Ziele sind es auch, weshalb die Weinberger und Co und die hinter ihnen stehende Rüstungslobby so hartnäckig auf eine, wie sie es beschönigend bezeichnen, „weite Auslegung“ des ABM-Vertrages drängen. Sie ist jedoch, im Klartext gesprochen, nichts anderes als die bewußte Verletzung dieses Vertrages. Mit anderen Worten, die „Sternenkriegs“-Fraktion des MIK will vollendete Tatsachen schaffen; will sich dieses letzten Stückes vertraglicher Rüstungsbegrenzung entledigen, um auch über die Amtszeit der gegenwärtigen USA-Administration hinaus die Hochrüstung einschließlich Weltraumrüstung abzusichern, den Rüstungsmonopolen Höchstprofite zu gewährleisten sowie das Streben nach militärischer Überlegenheit und Weltherrschaft fortzusetzen.